

# Von der Spekulationskrise zur Strukturkrise?

Autor(en): **Walter, Emil J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338675>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Von der Spekulationskrise zur Strukturkrise?

Obwohl gegenwärtig (das heisst Anfang April, da wir diese Zeilen schreiben) eine Beruhigung an der internationalen Währungsfront eingetreten ist, gibt es immer noch schwerwiegende Gründe, welche für die nächsten Jahre eine gefährliche *krisenhafte Entwicklung* der westlichen Industriegesellschaften durchaus als möglich erscheinen lassen. Im Sinne früherer an dieser Stelle veröffentlichter Überlegungen<sup>1</sup> ist auf weltwirtschaftlichem Gebiete eine in dieser Art einzigartige Erscheinung aufgetreten, welche von keinem Geringeren als dem französischen Finanzminister Giscard d'Estaing als «neue Krisenart» – sagen wir kurz als *Spekulationskrise* – bezeichnet wurde.<sup>2</sup>

### Ursachen der internationalen Spekulationskrisen

Seit dem Jahre 1971, als die USA die Pflicht zur Einlösung ihres als internationale Leitwährung dienenden Dollars in Gold aufgehoben und inzwischen eine nominelle, die USA kaum belastende Abwertung des Dollars in Gold verfügt haben, hat eine Spekulationswelle nach der anderen auf den internationalen Devisenmärkten die vorübergehende Schliessung der Devisenbörsen, die Spaltung der Wechselkurse und das sogenannte «Floating», das heisst die Freigabe der Wechselkurse der EG-Länder, verbunden zum Teil mit schwerwiegenden Massnahmen der einzelnen Staaten auf den Geld- und Kapitalmärkten erzwungen. Aber trotz allen offenkundigen Tatsachen hat die interessierte Finanzpresse bis zu Beginn der letzten grossen Spekulationswelle, welche eine mehrwöchige Einstellung der Devisenbörsen erzwang, vom «Märchen der Spekulation»<sup>3</sup> geflunkert.

Praktisch hat sich auf dem Gebiete der internationalen Währungsordnung ein altes nationalökonomisches Gesetz, nämlich die *Quantitätstheo-*

<sup>1</sup> Siehe «Profil», Oktober und November 1971: «Ist das Jahr 1971 ein weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Wendepunkt?» «Profil», November 1972: «Das Jahr 1971 wurde zum geschichtlichen Wendepunkt.»

<sup>2</sup> Siehe «NZZ», 11. März 1973. Der französische Finanzminister sagte, «er habe diese Konferenz (von Paris) nicht nur einberufen, weil es eine Währungskrise gebe, sondern weil es eine *neue Art von Krise sei* . . . Wir sind Zeugen eines neuen Phänomens — einer *Spekulation* . . ., die darauf abzielt . . . die Existenz eines Systems ausgewogener Wechselkurse zu unterminieren.»

<sup>3</sup> So schrieb noch am 14. Februar 1973 ein Finanzfachmann in der «Weltwoche» über «Das Märchen von der Spekulation» unter anderem: «Das Märchen von der Spekulation scheint nicht ausrottbar zu sein. Wer sich aber nur kurz das Geschehen an den Devisenmärkten vergegenwärtigt, wird rasch feststellen, dass es kaum möglich ist, durch willkürliche Kapitalverlagerungen eine Währung aus den Angeln zu heben.» Als ob es in Praxis keine überwertete Dollarleitwährung, keine horrenden Zahlungsbilanzdefizite, keinen gewichtigen Überschuss der Kapitalanlagen der USA im Ausland und keinen Eurodollarmarkt gäbe!

rie des Geldes, sowohl national als auch international durchgesetzt. Die Quantitätstheorie des Geldes war ein wichtiges theoretisches Instrument der nationalökonomischen Wissenschaft in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zur Erklärung der Konjunkturbewegungen der Wirtschaft. Seit der gewaltigen Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die primären Ursachen der schleichenden Inflation, nämlich die internationale Papiergeldproduktion einerseits und die andauernde Kapitalisierung der Grundrente, «übersehen» und durch inhaltlose Begriffe wie «Nachfrageüberhang», «importierte Inflation» usw. ersetzt. Wir haben seinerzeit immer wieder auf die virtuellen Gefahren des grossen amerikanischen Zahlungsbilanzdefizites hingewiesen und hervorgehoben, welche Schwierigkeiten die Bereinigung der Zahlungsbilanzkrise praktisch zur Folge haben werde. Die Fakten sind heute offensichtlich: Unsicherheit an den Weltbörsen, zunehmende Arbeitslosigkeit in wichtigen Staaten (Italien hat heute mehr als eine Million Arbeitslose; nicht gering ist die englische oder dänische Arbeitslosenquote, abgesehen von den Verhältnissen in den USA oder Argentinien), kaum zu vereinbarende Gegensätze der «möglichen Beiträge der USA zur Lösung der Währungskrise»<sup>4</sup> sowie der offenkundigen Ziele der amerikanischen Wirtschaftspolitik<sup>4</sup> zu den nationalen und europäischen Interessen der Industriestaaten der EG, der Schweiz und Japans. Plötzlich wird nun auch von führender Stelle auf die zentrale Ursache der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten des westlichen Wirtschaftssystems hingewiesen. Nämlich kein Geringerer als der Präsident der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. A. Schäfer, stellte an der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1972<sup>5</sup> ausdrücklich fest:

**«Der Weltbankier ist zur Dollarfabrik geworden,  
die ihr Defizit mit Papiergeld zahlt.»**

Mit anderen Worten, schonungslos ausgedrückt, heisst das: Der Weltbankier, nämlich die USA, hat nach dem Zweiten Weltkrieg dank seiner weltpolitischen Machtstellung es sich leisten können, zusätzliche Ausgaben international durch Papiergeldfabrikation zu decken. Einige zahlenmässige Angaben über die Folgen und Möglichkeiten dieser Politik, die praktisch zu einer an der inneren Bewertung des Dollars gemessenen internationalen externen *Überwertung* des Dollars geführt hat, mögen diese grundsätzliche Feststellung ergänzen. Nicht bloss haben die verschiedenen nationalen Zentralbanken, wie die Schweizerische Nationalbank, die Deutsche Bundesbank usw., einen grossen Teil ihrer Währungsdeckung in «schwach» gewordenen, nachträglich um 20 Prozent abgewerte-

<sup>4</sup> Siehe «NZZ», 8. März 1973: «Erklärungen Paul Volckers», sowie «Die Weltwoche», März 1973, von Peter Bischoff: «Was Amerika will.» («Nach der zweiten Abwertung des Dollars zeichnen sich die gegenwärtigen Positionen für die Schlacht um die Handelskonzessionen am Horizont bereits ab.»)

<sup>5</sup> Siehe «NZZ», 22. März 1973, Mittagsausgabe.

ten Dollars in Form von Milliardenbeträgen anlegen müssen, sondern auch die amerikanischen Direktinvestitionen im Ausland sind um astronomische Beträge angestiegen. Sie erreichten Ende 1971 einen Betrag von rund 86 Milliarden Dollar gegenüber bloss 13,7 Milliarden Dollar ausländischer Direktinvestitionen in den USA<sup>6</sup>. Mit anderen Worten, amerikanische Unternehmungen haben zahlreiche rentable ausländische Unternehmungen aufgekauft oder unter ihre wirtschaftliche Kontrolle gebracht. Auch in der Schweiz sind mehrere entsprechende Fälle bekannt geworden. Neben einer Überfremdung durch Gastarbeiter kann durchaus zu Recht von einer allerdings weniger sichtbaren Überfremdung durch ausländische Kapitalien in Form von internationalen Gesellschaften, Anleihen über den Eurodollarmarkt usw. gesprochen werden. Es haben sich offenbar in den letzten Jahrzehnten zum Teil ganz neuartige Konzentrationstendenzen weltwirtschaftlicher kapitalistischer Unternehmungen gebildet, deren Einfluss auf die nationale und weltwirtschaftliche Entwicklung sorgfältig beachtet werden muss. Vor allem von seiten der Sozialisten. Das weltweite Problem der

### **Inflation**

beruht einerseits auf der übermässigen Schaffung von flüssigen Geldmitteln durch die amerikanische Dollarfabrik und die verschiedenen nationalen Notenbanken, andererseits auf der ebenfalls weltweit gültigen, mit dem Agglomerationsprozess der Städte zusammenhängenden Geldschöpfung auf dem Umwege über die Kapitalisierung der Grundrenten in Form der kontinuierlichen Umwandlung von Bauernland des primären Sektors der Wirtschaft in Bauland. Aus Deutschland ist kürzlich von Bundesbauminister Hans-Jochen Vogel berichtet worden, dass «der Gesamtwert des Bodens in der Bundesrepublik von 1950 bis 1970 um 630 Milliarden Mark gestiegen» ist. «Die mühelosen Gewinne weniger» haben Mieter, Bausparer und Steuerzahler finanziert. Und was für Deutschland gilt, gilt auch für die anderen Industriestaaten, gilt für die USA, Japan und die Schweiz.

Eines der sachlich schwierigsten Probleme ist in diesem Zusammenhang der Unterschied der Zinssätze auf den verschiedenen Kapitalmärkten. Es sei nur ein einzelnes Beispiel aus den Wirtschaftsnotizen der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Februar 1973 herausgegriffen. Danach betrug die Durchschnittsrendite Ende Januar 1973 schweizerischer Obligationen 4 Prozent, von schweizerischen Inlandaktien 5,18 Prozent, von dreimonatigen Eurodollaranlagen 6,07 Prozent und von Eurodollarbonds 7,57 Prozent. Diese Übersicht über die Differenzierung der Zinssätze liesse sich durch eine Reihe von nationalen Vergleichen vervollständigen. Sie zeigt, dass zwischen den verschiedenen Kapitalmärkten keines-

<sup>6</sup> Wirtschaftsnotizen der Schweizerischen Bankgesellschaft, Januar 1973, Seite 7.

wegs jenes Gleichgewicht vorhanden ist, das theoretisch der Marktwirtschaft gerne zuerkannt wird.

Die USA erwarten von ihren Wirtschaftspartnern ein «grosszügiges Entgegenkommen» in den kommenden Wirtschaftsverhandlungen, denn die USA haben es, wie in einem Bericht aus Kreisen der Brüsseler EWG-Kommission zu lesen war, in der Hand, «die Gemeinschaft handels- und währungspolitischen Belastungsproben auszusetzen» («NZZ», 4. März). Es ist daher gegeben, dass wir uns in einem zusätzlichen Aufsatz mit der Frage beschäftigen, ob nicht hinter der Devisenkrise latent die *soziologische Strukturkrise* lauert, und ob die Sozialdemokratie nicht versuchen sollte, sich theoretisch mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

Zum Abschluss ist es vielleicht gegeben, einige Randbemerkungen zu machen zu den letzten politischen Entwicklungen innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie. Über die allgemein feststellbare Tendenz eines Rückganges der sozialdemokratischen Stimmen brauchen wir uns nicht zu äussern. Sie ist als Tatsache klar und wahrscheinlich zu einem schönen Teil darauf zurückzuführen, dass die theoretische Haltung der Partei nicht immer zielbewusst und klar genug gewesen ist. Was hat zum Beispiel das dogmatische Festhalten am Begriff des «Rechtes auf Bildung» im Gegensatz zum «Recht auf Ausbildung» etwas anderes eingetragen als eine durchaus vermeidbare Niederlage in der eidgenössischen Abstimmung über den Bildungsartikel? Sind nicht analoge Folgen zu erwarten von der angeblich «antikapitalistisch» motivierten Kehrtwendung in der stadtzürcherischen Verkehrspolitik, wobei mit völlig unklaren sozialistischen Begriffen in einer Frage operiert wird, die in erster Linie ein verkehrspolitisches und raumpolitisches Problem ist? Soll in der grössten Schweizer Stadt die verhängnisvolle Entwicklung der amerikanischen Verkehrspolitik, welche in der Opferung des öffentlichen Verkehrs zugunsten der Autoindustrie bestand, praktisch nachgespielt werden, während zum Beispiel Moskau über eine der besten U-Bahnen der Welt verfügt?

---

Es ist nicht spezifisch österreichisch, sondern liegt im allgemeinen Trend des Spätkapitalismus, dass die öffentlichen Körperschaften, auch die Gemeinden, immer mehr von der wirtschaftlichen Infrastruktur übernehmen, eine *Arbeitsteilung, nach der die öffentliche Hand die unrentablen Kosten trägt, während die Privatindustrie sich der profitablen Kapitalverwertung widmet.*

*Wilhelm Kainrath, Wien, in «Neues Forum», März 1972*

---